



BÜRGERBRIEF

AUSGABE Dezember 2023

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser, liebe Mitbürger,

der Name ist Programm und soll uns Verpflichtung sein: Mit unserem BÜRGERBRIEF wollen wir Sie fortan über die Arbeit der FRAKTION FREIE WÄHLER in der Stadtverordnetenversammlung unserer Stadt informieren.

Wir wollen Ihnen zeigen, mit welchen Themen wir uns beschäftigen, wie und warum bestimmte Entscheidungen getroffen werden.

Wir wollen Sie aber auch herzlich einladen, mit uns ins Gespräch zu kommen und das Für und Wider interessierender Entscheidungsprozesse zu diskutieren und gemeinsam unsere Sichtweisen auszutauschen.

Dabei wollen wir gut zuhören und genau hinsehen. Denn auch in der Kommunalpolitik kommt es auf den Blickwinkel an, um Abläufe und Inhalte zu verstehen.

Denn nur gemeinsam gestalten wir das Leben in unserer Stadt.

Für Ihre Hinweise und Anregungen sind wir dankbar. Nehmen Sie uns bitte beim Wort.

Freundliche Grüße
Dirk Stieger

Themen dieser Ausgabe

Niklas Stieger

[Tierheim – Was in anderen Orten geht, soll bei uns rechtswidrig sein?](#)

Marco Bergholz

[Die Geschichte eines in die Jahre gekommenen Schwimmbades](#)

Norbert Langerwisch

[Persönliche Erklärung zum Verhalten von zwei Stadtverordneten der Grünen](#)

Dirk Stieger

[Bürgerhaushalt auf ein sinnvolles Projekt konzentrieren](#)

Norbert Langerwisch

[Alles „Rund ums Auto“ in der Zanderstraße](#)

Fraktion Freie Wähler

[Herzliche Weihnachtsgrüße](#)



BÜRGERBRIEF

AUSGABE Dezember 2023



Niklas Stieger: Tierheim – Was in anderen Orten geht, soll bei uns rechtswidrig sein?

Die Fraktion der Freien Wähler hat folgende Erklärung veröffentlicht: Mit Verwunderung haben die Stadtverordneten der Freien Wähler die Entscheidung der Kommunalaufsicht bezüglich der Erhöhung der Beträge für das Tierheim zur Kenntnis genommen. Die Kommunalaufsicht hat entschieden, dass der von der SVV gefasste Beschluss zur Anpassung des Vertrags mit dem Tierheim rechtswidrig sei. Der Vertrag mit dem Tierheim könne trotz völlig veränderter Bedingungen aufgrund von Corona-Krise, Krieg in der Ukraine und der damit einhergehenden Inflation nicht angepasst werden.

Die Begründung der Kommunalaufsicht dürfte auch den Oberbürgermeister überrascht haben. Denn die Kommunalaufsicht bestätigt nicht die Begründung der Beanstandung des SVV-Beschlusses durch den Oberbürgermeister. Die Kommunalaufsicht gelangt zu einer eigenen Sichtweise, die allerdings kaum überzeugen dürfte. So heißt es sinngemäß, da das Tierheim bereits im Jahr 2005 sehr niedrige Beträge für die Kostenerstattung angegeben habe, hätte klar sein müssen, dass der Vertrag zumindest für die Zukunft unwirtschaftlich sein würde. Dass die Arbeit der Verantwortlichen im Tierheim erst seit der Corona-Krise unter deutlich erschwerten Bedingungen steht, wird völlig außer Acht gelassen. Zudem stellt sich die Frage, wie die Verwaltung einen derartigen Vertrag überhaupt zulassen konnte, wenn angeblich von Beginn an klar gewesen sei, dass der Vertrag zeitnah unwirtschaftlich werden würde.

Niklas Stieger, Stadtverordneter der Freien Wähler, hierzu: „Die Kommunalaufsicht beschäftigt sich in der Entscheidung überhaupt nicht mit den enormen Herausforderungen, welche der TSV als Betreiber des Tierheims seit der Corona-Krise zu bewältigen hatte. Anderswo sieht das ganz anders aus. Das

Hamburger Tierheim erhält durch Beschluss des Senats beispielweise eine deutliche Erhöhung und zudem eine Einmalzahlung in Höhe von immerhin 800.000,00 Euro aufgrund von erheblich gestiegenen Kosten für Futter und Energie.“

Ähnliche Beispiele lassen sich u.a. für die Tierheime in Lübeck oder Bonn aufzählen. Der Tierschutzverein Bonn hatte bislang einen jährlichen Pauschalbetrag erhalten, der nun auf einen „mittleren sechsstelligen Betrag erhöht und damit verdoppelt“ wurde. Die Bonner Oberbürgermeisterin ist dann auch voll des Lobes über die wichtige Arbeit der Mitarbeiter und ehrenamtlichen Unterstützer des Tierheimes. Selbst das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft hatte die enormen Mehrbelastungen für Tierheime erkannt und ein fünf Millionen Euro umfassendes Zuschussprogramm gestartet.

Niklas Stieger ergänzt: „Was in Hamburg und in anderen Orten offenbar Normalität ist und problemlos funktioniert, wird bei uns wieder zum Drama und soll rechtswidrig sein. Das ist nicht nachvollziehbar“

Nach der intensiven Durchsicht der Begründung des Bescheides der Kommunalaufsicht sind für die Fraktion der Freien Wähler alle Optionen offen.

Fraktionsvorsitzender Dirk Stieger: „Wir müssen jetzt entscheiden, was für das Tierheim, für die zu betreuenden Tiere und für die wertvolle Arbeit der Mitarbeiter und Unterstützer des Tierheimes richtig ist. Weder die Beanstandung des Oberbürgermeisters, noch die Ferndiagnostik aus einem Potsdamer Verwaltungssessel können überzeugen. Das Problem der Kostensteigerungen und Mehrbelastungen lösen wir so nicht.“



BÜRGERBRIEF

AUSGABE Dezember 2023

Der Vorteil des Rechtsstaates liegt jedoch gerade auch darin, Verwaltungsentscheidungen unabhängig gerichtlich prüfen zu lassen. Wir können uns gut vorstellen, die Klärung der Rechtslage dem Verwaltungsgericht zu überlassen. Bis zu einer gerichtlichen Entscheidung sollten wir den Oberbürgermeister beim Wort nehmen, der für eine Übergangszeit mit dem Tierschutzverein eine Verständigung erreichen wollte.“

Anmerkung: In der SVV sah der Oberbürgermeister keinen Weg zu einer vernünftigen Verständigung. In einer Auszeit wurde das weitere Vorgehen beraten. Der OB räumte ein, dass dann, wenn die SVV keine Entscheidung zum Umgang mit der Entscheidung der

Kommunalaufsicht trifft, die Entscheidung akzeptiert werde.

Wir wollten diese Situation nicht eintreten lassen, ohne zunächst ein sinnvolles Verhandlungsergebnis erreicht zu haben. Alle Beteiligten haben sich für den 08.01.2024 zu einer Hauptausschusssitzung nur zum Thema Tierheim verständigt. Um nicht allein von Zusagen des OB abhängig zu sein, konnten wir erneut eine Mehrheit in der SVV davon überzeugen, den vormaligen Beschluss erneut zu fassen. Jetzt muss der OB den Vorgang erneut zur Kommunalaufsicht abgeben. Gleichzeitig haben wir ein Zeitfenster für Verhandlungen, um zeitnah Regelungen zum Umgang mit den Kostensteigerungen im Tierheim zu finden.





BÜRGERBRIEF

AUSGABE Dezember 2023



Marco Bergholz: Die Geschichte eines in die Jahre gekommenen Schwimmbades

Mit der Vorlage 286/2023 liegt der SVV nun der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Schwimm- und Erlebnisbades Brandenburg an der Havel vor.

Und man soll immer mit dem Positiven anfangen. Das Wirtschaftsjahr 2023 neigt sich langsam dem Ende und es wird mit einem Plus im Jahresergebnis von 148,8 T€ gerechnet, ist man doch am Anfang des Jahres noch von einem satten Minus von 1,462 Mio. Euro ausgegangen. Das Plus ergibt sich aus Zuschüssen der Stadt Brandenburg, Zahlungen vom Ministerium der Finanzen in Höhe von 975 T€ und daraus das die für das Jahr 2023 geplanten Sanierungen im Bad noch nicht umgesetzt wurden.

Mit der Coronakrise ab dem Jahr 2020 liegen wirtschaftlich schwere Jahre hinter uns als auch noch vor uns. Das Marienbad ist für eine Besucherzahl von 260.000 Personen im Jahr konzipiert.

Den bisherigen Höhepunkt bei den Besuchern hatte das Marienbad im Jahr 2019 mit 311.351 Besuchern. Im Jahr 2020 kam dann mit der Coronakrise der Einbruch auf 150.017 Besucher. Ab dem Jahr 2022 ist wieder eine Steigerung der Besucherzahlen (235.498 Besucher) zu verzeichnen, welche sich auch trotz Beschluss der Absenkung der Wassertemperatur im Jahr 2023 mit voraussichtlich 261.000 Besuchern fortsetzen wird. Leider ist hier festzustellen, dass die Verweildauer der Besucher in den letzten Jahren kontinuierlich abgenommen hat. Nichtsdestotrotz ist das Schwimmbad in die Jahre gekommen und man kämpft neben anstehenden

Sanierungen auch mit der Attraktivität des Bades im direkten Vergleich zu anderen Bädern in der Region. Bei den Sanierungen sind für das kommende Jahr 733 T€ vorgesehen, um insbesondere die Lüftungsanlage und das Kassensystem zu erneuern. Leider sind die Investitionen damit noch nicht am Ende. Investitionen, die nicht das Angebot des Marienbades erweitern, sondern Investitionen, die nur den Ist-Zustand des Marienbades sichern. Zu nennen sind hier die Dachflächensanierung des Techniktrakts und Noteingang der 50 m-Halle, die Sanierung der finnischen Sauna, die Spundwandsanierung, sowie die Sanierung des Parkhauses. Hierfür sind insgesamt 562 T€ vorgesehen.

Neben den Sanierungsprojekten sind im Wirtschaftsplan für das nächste Jahr aber auch 50.000 € für die Vor-Planung zur Zukunftssicherung des Marienbades vorgesehen.

Ein Punkt der sehr wichtig ist für das in die Jahre gekommene Marienbad. Es gilt nicht nur das Marienbad in Schuss zu halten, sondern es ist wichtig vorzuschauen und das Marienbad mit neuen Attraktionen zu versehen, wie sie in anderen Bädern in unserem Einzugsgebiet vorhanden sind und die wiederum als Besuchermagneten wirken und fungieren.

Wir als Freie Wähler freuen uns auf dieses Konzept, um unser Marienbad auf sichere Füße für die Zukunft stellen zu können. Der Wirtschaftsplan 2024 wurde mehrheitlich durch die SVV beschlossen.



Norbert Langerwisch: Persönliche Erklärung zum Verhalten von zwei Stadtverordneten der Grünen

Im Zusammenhang mit nicht enden wollenden Diskussionen über die Dienstorganisation der Feuerwehr in unserer Stadt hat der Oberbürgermeister Scheller eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe eingesetzt. Das war eine nachvollziehbare, aus unserer Sicht, korrekte Entscheidung.

Dass die Stadtverordneten der Grünen, Frau Marx und Herr Dr. Krombholz, diesbezüglich eine andere Meinung vertreten ist ihre Sache.

Der OB verfolgt ganz klar das Ziel diese Diskussionen zur Feuerwehr zum Ende zu bringen und – so sehen wir das im Übrigen auch - die Feuerwehr, welche eine hervorragende und unverzichtbare Arbeit für unsere Stadt leistet aus der Kritik zu nehmen.

Dass insbesondere die Grünen und zumindest Teile der Linken das wahrscheinlich anders sehen ist ihr demokratisches Recht. Herabwürdigende Äußerungen über den Leiter dieser Arbeitsgruppe durch Frau Marx sind aber völlig fehl am Platz und keinesfalls gerechtfertigt.

Dass Dr. Krombholz auch noch meint die Arbeit des Leiters der Arbeitsgruppe vor mehr als 35 Jahren denunzieren und diskreditieren zu müssen ist einfach Besserwisserei und Hochmütigkeit.

Es hatte bei der Persönlichen Erklärung des Unterzeichners zu diesem Thema den Anschein, als ob auch die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung das ähnlich sieht.



BÜRGERBRIEF

AUSGABE Dezember 2023



Dirk Stieger: Bürgerhaushalt auf ein sinnvolles Projekt konzentrieren

Grüne und Linke hatten den unrealistischen Beschlussantrag eingebracht, jetzt im Dezember Regularien zur Umsetzung des Bürgerhaushaltes in 2024 festzulegen. Dass das so Hals über Kopf nicht gehen kann, wussten auch die Antragsteller. Offenbar sollte hier rein plakativ ein Thema besetzt werden.

Gemeinsam mit der CDU-Fraktion hatten wir ein Änderungsantrag eingebracht, die für den Bürgerhaushalt 2024 vorgesehenen Mittel von 150.000 EUR für ein konkretes Projekt zu verwenden. Wir wollen diese Mittel für einen vom Universitätsklinikum benötigten Personenaufzug im Eingangsbereich von

der Hochstraße aus zur Überwindung der dortigen Treppe einsetzen.

Leider haben die Grünen und Linken ihren Antrag nicht zur Abstimmung gestellt, sodass auch unser Änderungsantrag nicht beschlossen werden konnte. Mit den CDU-Kollegen sind wir aber weiterhin einig und werden unseren Antrag im Januar als eigenständigen Beschlussantrag einbringen. Bei Zustimmung kann dann der Bau der Fahrstuhlanlage in Angriff genommen werden, um Besuchern des Universitätsklinikums den Zugang zu erleichtern.

Wir halten das für sinnvoll und vernünftig.



Norbert Langerwisch: Alles „Rund ums Auto“ in der Zanderstraße

Was lange währt wird gut! Ein Bebauungsplan für die Zanderstr. wurde am 20.12.2023 mit großer Mehrheit beschlossen.

Am 26.01.2011 hat die Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel beschlossen, dass eine gewerbliche Nachnutzung einer ehemaligen Bahnfläche im Stadtteil Altstadt zwischen dem Bahnübergang Klingenberg und der Zanderstr. erfolgen soll.

Der private Eigentümer verfolgt die Absicht verschiedene Kfz-bezogene Nutzungen „Rund ums Auto“ anzusiedeln (u. a. Waschanlage, Werkstatt Tankstelle). Das Projekt trägt die Bezeichnung „Multi-Service Center“.

Es bleibt die Hoffnung, dass bis zur Fertigstellung nicht noch einmal 12 Jahre vergehen.



Herzliche Weihnachtsgrüße

Vor einigen Wochen, als der erste wirkliche Schnee Stadt und Land weiss färbte, wurde schnell über „weiße Weihnachten“ fabuliert. Nun wissen wir es: Weihnachten gibts keine Schlittenfahrt, eher wohl eine Kahnpartie...

Für die Fraktion der Freien Wähler geht ein aufregendes und arbeitsreiches Jahr zu Ende. Gerade erst haben wir die letzte Sitzung der Stadtverordnetenversammlung absolviert. Jetzt ist auch für uns Zeit zum Innehalten, für die Familie, für ein gutes Buch, für Spaziergänge hoffentlich ohne Regen.

Und dann starten wir mit neuer Kraft in ein neues Jahr mit vielen Herausforderungen. Besonders wichtig ist uns dabei die Anfang Juni 2024 anstehende Kommunalwahl. Hier werben wir erneut um das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler. Viele kennen uns inzwischen als Akteure des gesunden Menschenverstandes. Wir wollen unsere Stadt nicht nur

verwalten, sondern konsequent auf die Aufgabenfelder der Zukunft ausrichten. Dazu wollen wir mit einer starken Fraktion in der SVV weiter wichtige Akzente setzen.

Aber auch die Europa-Wahl und die Landtagswahl werden uns herausfordern. Mit einem starken Ergebnis für die Freien Wähler bei der Landtagswahl im September 2024 haben wir die Chance, mit einem eigenen Vertreter der Freien Wähler aus unserer Stadt im Landesparlament vertreten zu sein. Das ist wichtig, um die Stadt und den Westen des Landes auf der Landesebene zu stärken. Dafür brauchen wir Ihre Unterstützung.

Wir bedanken uns für Ihr Interesse an unserer Arbeit, für Ihre vielfältigen Hinweise, für Ihre Ideen und Anregungen. Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien ein friedvolles Weihnachtsfest und einen guten Start in das kommende neue Jahr.

Ihre Fraktion der Freien Wähler

